

Anlage 1
(zu Ziffer 4.1)

Anschrift, Telefon, Fax, E-Mail

Datum

Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration
und Gleichstellung
des Landes Schleswig-Holstein
IV 34

24105 Kiel

d. d. Landrätin/Landrat des Kreises

Antrag auf Gewährung eines Darlehens aus dem Kommunalen Investitionsfonds ge-
mäß § 19 FAG

1. a. Antragsteller

1. b. Darlehensnehmer

2 a. Höhe des beantragten Darlehens EURO

2 b. Höhe des beantragten Zuschusses .EURO

3. Fördermaßnahme (Kurzbeschreibung, insbesondere Notwendigkeit, Ziel, Kon-
zeption, Ausführungsart)

4. Beginn der Maßnahme

Voraussichtliche Fertigstellung

5. Investitionsplan (Zusammenstellung nach Kostengruppen - z. B. Grunderwerb, Baukosten, Sonstiges - und Kassenwirksamkeit nach Haushaltsjahren)

	20	20	20
<hr/>			
Grunderwerb			
Baukosten			
Sonstiges			
<hr/>			
Gesamt			

6. Finanzierungsplan

Eigenmittel	EURO
Kredite	EURO
Anschlussbeiträge/umlagefähige Kosten	EURO
KfW-Darlehen (Infrastrukturprogramm)	EURO
KIF-Darlehen / Zuschuss	EURO
weitere öffentliche Mittel	
<input type="checkbox"/> Zuschuss	
<input type="checkbox"/> Darlehen	
- vom Kreis	EURO
- von anderen Ressorts (<i>bitte genaue Angaben</i>)	EURO
- vom Bund (<i>bitte genaue Angaben</i>)	EURO
- von der EU (<i>bitte genaue Angaben</i>)	EURO
	EURO
Gesamtkosten (bei Vorsteuerabzugsberechtigung netto)	<u>EURO</u>

Antragsteller ist - nicht - vorsteuerabzugsberechtigt.

Sind die weiteren öffentlichen und sonstigen Mittel – einschließl. KfW-Darlehen -

- bereits beantragt? ja nein

- bereits zugesagt? ja nein

Die Kopie des Antrages für ein KfW-Darlehen ist - nicht - beigelegt.

Der Bewilligungsbescheid über weitere öffentliche oder sonstige Mittel ist - nicht - beigelegt/wird nachgereicht.

7. Folgekosten

Die Folgekosten werden aus allgemeinen Deckungsmitteln getragen
 werden durch spezielle Einnahmen gedeckt
(z. B. Gebühren, Beiträge).

Bei Abwasserbeseitigungsmaßnahmen:

Die kalkulierten Abwassergebühren ändern sich von zz. EURO/m³ auf
EURO/m³.

8. Erklärungen des Antragstellers

Der Antragsteller erklärt, von folgenden Vorschriften Kenntnis genommen zu haben und sie als verbindlich anzuerkennen:

- a) Richtlinien zum Kommunalen Investitionsfonds vom 10. Dezember 2014 (Amtsbl. Schl.-H. S. 6) in der derzeit geltenden Fassung.
- b) Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften (ANBest-K) vom 26. Januar 1984 (Amtsbl. Schl.-H. S. 113) in der derzeit geltenden Fassung.

Der Antragsteller erklärt, dass das Vorhaben - keine/eine - Fortsetzungsmaßnahme aus dem Vorjahr/den Vorjahren ist (siehe Antrag/Anträge vom bzw. Bewilligungsbescheid/e vom

Der Antragsteller erklärt ferner, dass das Vorhaben noch nicht begonnen ist und versichert, dass die vergaberechtlichen Vorschriften beachtet werden.

Der Antragsteller versichert die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Antrag gemachten Angaben.

.....

(Unterschrift)